

# Verbands-Zeitung

Publikationsorgan des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands  
(vormals: Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen)

Erscheint wöchentlich.  
Bezugspreis: Ab 1. April 1924: monatlich 1,20 R.-Mark.  
Eingetragen in die Postzustellungsliste.

Verleger und verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Lichtenberg  
Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 40, Reichstagdamer 3  
Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei Paul Singer & Co., Berlin S.W. 68

Inserationspreis  
Geschäftsanzeigen: die sechsgehaltene Nonpareilzeile 60 Goldpfennig.  
Gratifikationen d. Zeile 50 Goldpf., für Todesanzeigen d. Zeile 40 Goldpf.

## Zur Wahl des Verbandsbeirats.

Als Wahlmänner für die Wahl des Verbandsbeirats sind bestimmt:

1. Wahlkreis, Wahlort Danzig: Eugen Bonnetain, Danzig, Hohe Seigen 8.
2. Wahlkreis, Wahlort Breslau: Paul Kuerbach, Breslau, Margaretenstraße 17 II.
3. Wahlkreis, Berlin: Georg Gerhard, Berlin C 54, Mulackstraße 10.
4. Wahlkreis, Wahlort Hamburg: Carl Gernoldt, Hamburg I, Befensbinderhof 57 III, Zimmer 34/36.
5. Wahlkreis, Wahlort Braunschweig: Richard Wolters, Braunschweig, Schloßstraße 8, Zimmer 15.
6. Wahlkreis, Wahlort Magdeburg: Georg Schüle, Magdeburg, Große Münzstraße 3.
7. Wahlkreis, Wahlort Leipzig: H. Sendig, Leipzig, Volkshaus, Zeiger Straße 32, Zimmer 94.
8. Wahlkreis, Wahlort Dresden: Max Herrlich, Dresden-N., Rixenbergstraße 2 III.
9. Wahlkreis, Wahlort Mainz: Heinrich Ehrhardt, Mainz, Janggasse 13 I.
10. Wahlkreis, Wahlort Nürnberg: Konrad Biller, Nürnberg, Fürther Straße 87.

11. Wahlkreis, Wahlort München: Adresse: Geschäftsstelle des Verbandes, Pestalozzistraße 42/44 III, Zimmer 60.

12. Wahlkreis, Wahlort Mannheim: Christian Klopfer, Mannheim B. 4. 5.

13. Wahlkreis, Wahlort Karlsruhe: Sebastian Hitz, Karlsruhe, Bachstraße 69.

14. Wahlkreis, Wahlort Düsseldorf: Eugen Ruff, Düsseldorf, Wallstraße 10.

15. Wahlkreis, Wahlort Dortmund: Benedikt Obermayr, Dortmund, Leffingstraße 32.

Bis spätestens den 7. August

haben die Ortsvereine des jeweiligen Wahlkreises (siehe Nr. 27 der „Verbandszeitung“) dem Wahlmann ihres Wahlortes die Namen der von ihnen aufgestellten Kandidaten zum Verbandsbeirat mitzuteilen.

Die Wahlmänner haben dann für Druck und Versand der Stimmzettel, mit sämtlichen ihnen mitgeteilten Kandidaten, an die Ortsvereine ihres Wahlkreises Sorge zu tragen; die Stimmzettel müssen spätestens am 28. August im Besitz der Ortsvereine sein.

Der Verbandsvorstand.

## Eine notwendige Entgegnung.

Die Unternehmerverbände hatten im Mai dieses Jahres an die Reichsregierung eine Denkschrift gerichtet, die nicht geringes Aufsehen verursachte. Sie klang in nicht mißzuverstehenden Forderungen aus, daß diese sich in allem den Unternehmern an die Seite zu stellen habe. Ueberdies enthielt die Denkschrift Feststellungen wirtschaftlicher Art, die sich mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht vereinbaren ließen. Die gesamte Öffentlichkeit sollte durch diese einseitigen Feststellungen im Sinne der Unternehmer beeinflusst werden. Die Denkschrift war nur ein Glied in der Kette eines großangelegten Feldzuges, der sich letzten Endes gegen die Arbeiter, Angestellten und Beamten richtete.

Die Gewerkschaften konnten zu alledem nicht schweigen. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund nahm bereits in seiner Sitzung vom 12. Juni zu der Denkschrift Stellung und brachte in einer scharfen Entschliebung die Meinung der freien Gewerkschaften zum Ausdruck. Doch konnte es hiermit nicht sein Bewenden haben. Es mußte ein gemeinsamer Schritt bei denselben Stellen unternommen werden, an die sich die Unternehmer wenden zu müssen glaubten. Und so entstand denn eine Denkschrift der Gewerkschaften aller Richtungen, die vom 7. Juli datiert der Reichsregierung überreicht wurde.

Punkt für Punkt wird zu der „vertraulich“ überreichten Denkschrift der Unternehmerverbände Stellung genommen, schieß vorgebrachte Material richtig gestellt, unberechtigte Vorwürfe gegen die Arbeiter, Angestellten und Beamten zurückgewiesen und der Standpunkt der Gewerkschaften klargestellt. So entstand ein Memorandum, das als Programmschrift der Wirtschaftspolitik der Gewerkschaften für die Gegenwart bezeichnet werden kann.

Dem unberechtigten Vorwurf der Unternehmerverbände, daß die deutschen Gewerkschaften von internationalen Einflüssen abhängig seien, wird die Tatsache gegenüber gestellt, daß die „Tiefhaltung oder gar weitere Senkung des Lebensstandards der deutschen Arbeitnehmerschaft durch Lohndruck und lange Arbeitszeit automatisch die Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeitnehmer in den Wettbewerbsländern nach sich ziehe. Demgegenüber wird nachgewiesen, daß selbst dort, wo im Ausland das Lohnniveau nicht über dem deutschen liegt, eine stärkere Steigerung der Löhne gegenüber dem Friedensrealstand stattgefunden hat. „Es wird hier vor allem auf das außerordentlich wichtige Material hingewiesen, das Professor Dr. Paul Hamberg in der Monatschrift des ADGB „Die Arbeit“ der Öffentlichkeit zugänglich gemacht hat.

Die Denkschrift der Gewerkschaften geht weiter auf die Behauptung der Unternehmer ein, daß die Produktion und der Güterumsatz nur 70 Proz. der Vorkriegszeit betragen, und die Arbeitslöhne um 60 bis 100 Proz. gegenüber des Vorkriegsstandes gestiegen seien. Die Einnahmen der Reichsbahn, der Gold- und Devisenbestand der Notenbanken, der Abrechnungsverkehr der Reichsbank, der Postcheckverkehr und vieles andere deuten demgegenüber darauf hin, daß der Wirtschaftsradius der Gegenwart, dem der Vorkriegszeit nicht viel nachstehe.

Die Behauptung, daß das erhöhte Lohnniveau eine Preisentwertung verhöhe, wird außerordentlich schlagend zurückgewiesen. Feste Löhne können solange nicht auf lange

## Denkt an die Kinder!

Wird die Zollvorlage Gesetz, so steigt der Preis von

- Butter . . . . . um mehr als 7 Proz.
- Margarine . . . . . „ „ 19 „
- Schweineschmalz . . . . . „ „ 7 „
- Gemüse . . . . . „ „ 20 „
- Zucker . . . . . „ „ 15 „

## Nieder mit den Wucherzöllen!

Sicht abgeschlossen werden, wie mit einer sich aus anderen Gründen ergebenden Preissteigerung gerechnet werden muß. Die Unsicherheit in den Absatz- und Produktionsbedingungen kann bei dem geringen Anteil, den der Lohn insgesamt und daher seine Schwankungen insbesondere am Produkt haben, im wesentlichen nicht auf das Konto des Lohnes gebucht werden. Vielmehr seien es fehlerhafte Inflationsgewohnheiten und die Ueberfättigung des Zwischen- und Einzelhandels, durch welche die Unsicherheit hervorgerufen werde.

Eine besondere Zielscheibe der Angriffe in der Denkschrift der Unternehmer waren die Schlichtungsinstanzen und die sogenannten Zwangstarife. Die Antrempelung der Schlichter entspränge einer verkehrten maßlosen Autokratie. Die Gewerkschaften hätten keinen Grund, mit der Lohnpolitik der Schlichter sonderlich zufrieden zu sein. Aber die Unternehmer suchen das gesetzliche System zu diskreditieren, weil es eine Beschränkung ihrer Willkür bedeutet.

Scharf ins Gericht geht die Denkschrift der Gewerkschaften mit den Praktiken der Unternehmer in der Inflationszeit. Die verlockenden Möglichkeiten des Schleudereportes, die verderbliche Sucht Sachwerte zu sammeln, die vertikale und horizontale Konzentration und wie dergleichen Dinge mehr sind, wurden angewandt, um eine persönliche Bereicherung herbeizuführen. Statt dessen wurde die organische Weiterentwicklung und Durchorganisierung der Betriebe vernachlässigt. Das Ausland erhielt so einen nicht geringen Vorsprung in der Konkurrenzfähigkeit. Und weil die Kapitalien und Kredite nicht zur Intensifizierung der Produktion verwandt wurden, ist die von den Unternehmern versprochene Preisentwertung nicht durchgeführt worden. Der Preisstandard erfuhr auch keine Veränderung, obwohl die Kohlenpreise niedrig gehalten wurden, die Preise für Gas, Wasser und Elektrizität, die Umsatzsteuer usw. ermäßigt wurden.

Nachdem in aller Gründlichkeit die Probleme der Wirtschaft und der Sozialpolitik beleuchtet, kommt die Denkschrift zu folgenden Schlussfolgerungen: „Die Gewerkschaften sind nicht bereit, das ihnen anvertraute Wohl der Arbeiterschaft, die in den Kriegs- und Nachkriegsjahren alle erdenklichen Opfer auf sich genommen hat, preiszugeben, sondern sie werden mit aller ihnen zu Gebote stehenden Kraft dieses Wohl schützen und schüben und das Los der Arbeiterschaft zu bessern suchen, weil sie gewiß sind, ihrem Volk damit den größten Dienst zu erweisen.“

Es war notwendig, den Unternehmern mit aller Deutlichkeit entgegenzutreten. In der Denkschrift ist dies gründlich geschehen. Sie sollte deshalb auch von den Arbeitern, Angestellten und Beamten eifrig studiert werden.

## Zolltarif und Lebenshaltung.

Das Reichsgesundheitsamt hat im Verlag von Julius Springer in Berlin eine äußerst lesenswerte Schrift herausgegeben: „Die Ernährung des Menschen“, die wir jedem Gewerkschaftsbeamten und jeder Gewerkschaftsbibliothek dringend zur Beachtung empfehlen. Als Bearbeiter des Büchleins zeichnen Prof. Dr. Otto Restner und Dr. H. W. Knipping, der eine Direktor, der andere Assistent des Physiologischen Instituts an der Universität Hamburg. Aus der Fülle des dort gebotenen Materials lösen sich einige Grundtatsachen klar heraus:

„Im Laufe des letzten Jahrhunderts hat die Kulturentwicklung eine große Veränderung in der Beschäftigung der Bevölkerung hervorgerufen. Erstens hat die Zahl der Leute, die nicht körperlich arbeiten, bedeutend zugenommen; es gibt viel mehr Kaufleute, Beamte, Schreiber als früher. Zweitens ist in der Landwirtschaft und dem alten Handwerk ein erheblicher Teil der menschlichen Muskelkraft durch die Kraft der Maschine ersetzt worden. Drittens endlich, und das ist das Wichtigste, hat sich die ganze Masse der industriellen Arbeiterschaft erst gebildet. Von dieser großen Menschenklasse, die heute in Deutschland fast die Hälfte der Bevölkerung ausmacht, hat der größte Teil keine schwere Muskelarbeit zu leisten, sondern ist sitzend tätig; oder es wird die Arbeit von der Maschine geleistet, und der Mensch hat die Maschine lediglich zu beaufsichtigen und zu lenken. Während ehemals nur ein kleiner Teil der Männer der ersten Kategorie angehörte und die Masse des Volkes schwere und schwere Muskelarbeit leistete, ist das heute anders geworden, und damit mußte sich auch die Nahrung ändern. Schon auf dem Lande wird heute im ganzen weniger gegessen als vor einem Menschenalter, dafür eine einseitig-reichere Kost, und in den Städten muß heute der Durchschnitt der Bevölkerung sich so nähren, wie früher nur die gebildeten und wohlhabenden Klassen. Es ist nicht „Begehrlichkeit“ und Genußsucht der Arbeiter, wenn sie sich einen reichlicheren Genuß von Fleisch, Milch, Eiern usw. verschaffen suchen, sondern ein berechtigtes Verlangen ist physiologisch begründet. In den Ländern mit der älteren Industrieentwicklung, in England und Nordamerika, ist denn auch der Fleischgenuß der Arbeiter ein sehr reichlicher. Das Zurücktreten von Brot und Kartoffeln in der Kost, die großen Mengen von Fleisch, Butter, Sahne, Milch fallen jedem Europäer auf, der nach den Vereinigten Staaten kommt.“

„Wir befanden uns vor dem Kriege in Deutschland offensichtlich auf dem Wege zu der neuen, für das Maschinenzeitalter richtigen amerikanischen Ernährung. Die Umstellung ist verlangsamt worden, einmal durch Schutzzoll und Einfuhrerschwerung des Fleisches, andererseits durch das Festhalten an überlieferter Gewohnheit und Geschmacksrichtungen.“

„Das deutsche Volk muß sich (jetzt) ernähren wie vor zwei Menschenaltern, da es noch zum größten Teil aus Bauern, Landarbeitern und Handwerkern bestand. Und es soll dabei die hochwertige Arbeit leisten, die das Zeitalter der Maschinen und der Großstädte von ihm verlangt.“

„Das Fleisch ist gewissermaßen das Wahrzeichen der neuen Zeit in der Ernährung geworden.“ Und es ist in der Tat erstaunlich, mit welcher Energie das deutsche Volk den notwendigen Fleischbedarf, den es in der Inflationszeit entbehren mußte, sich wieder eroberte. Betrug der Fleischverbrauch pro Kopf der Bevölkerung 1923 nur 22 Kilogramm, so schnellste er 1924 bereits auf 41 Kilogramm, und näherte sich damit dem Friedensstande von 52 Kilogramm. Durch diese hoffnungsvolle Entwicklung macht die Zolltarifvorlage der Regierung einen dicken Strich; gerade „das Wahrzeichen der neuen Zeit“, gerade das Fleisch wird durch sie am schärfsten getroffen, wie die folgende Tabelle zeigt:

Lebensmittel	Verbrauch d. d. Nation im Jahr 1925		Jährliche Verbrauchsabgabe durch Zolltarif
	in 4 Wochen in Berlin	in 4 Wochen in Berlin	
Roggenbrot	40	16,—	28,20
Weizenbrot	5	3,40	10,4
Weizenmehl	4	2,08	15,1
Graupen	1,833	0,95	7,4
Weizen Grieß	1,833	1,10	18,4
Hafersfloeden	1,833	0,95	12,8
Vollkornreis	1,833	1,26	5,8
Erbsen	1,833	0,99	7,4
Bohnen	1,833	1,10	6,6
Kartoffeln	50	5,23	10,8
Gemüse (Roh)	15	4,50	13,8
Rindfleisch	3,5	7,88	20,0
Schweinefleisch	1,5	2,70	25,0
Hammelfleisch	1	2,—	22,5
Speck	0,5	1,48	12,2
Leberwurst	2	4,80	18,8
Butter	2	7,90	7,6
Margarine	2	3,10	19,2
Schweineschmalz	2,25	4,05	6,9
Käse	1,75	3,13	16,8
Salzheringe	1,5	1,07	4,4
Zucker	3,5	2,31	15,0
Eier (Stück)	28	3,36	3,1
Vollmilch (Liter)	35	9,45	5,6
Kaffee-Ertrag	1,25	0,65	19,3
Insgesamt		91,44	149,91

Die Tabelle gibt in der ersten Spalte die Mengenverhältnisse an, die das Statistische Reichsamt für den vierwöchentlichen Verbrauch einer minderbe-

mittlsten Familie von fünf Köpfen annimmt, in der dritten Spalte die absolute Erhöhung, die bei vor- sichtiger Zugrundelegung des Zollltarifs eintreten muß. Diese Zahlen sind bereits in Nr. 29 der „Verbands-Zeitung“ veröffentlicht worden. Um hieraus die relative Verteuerung der einzelnen Lebensmittel zu berechnen, sind in der zweiten Spalte die Geldbeträge eingeseht worden, die im Durch- schnitt des Monats Mai 1925 für die einzelnen Posten der Nation angelegt werden mußten, und zwar nach den Ermittlungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin, da Durchschnittszahlen für das Reich nicht vorhanden sind. Das Dreifache dieser Geldbeträge ergibt die jährlichen Aufwendungen, die Gegenüberstellung mit Spalte 3 die prozentuale Steigerung der einzelnen Lebensmittel, die dem- nach bei Fleisch mit 20 bis 25 Proz. die höchsten Beträge erreicht.

Diese Tabelle ist auch in anderer Hinsicht aufschlußreich. Fügt man nämlich zum Bierwochenverbrauch noch 0,250 Kilogramm Kaffee, 1 Kilogramm Kakao und 2 Kilogramm Speisesalz, die im Mai 1925 in Berlin 1,84 Mt. bzw. 3 Mt. bzw. 0,28 Mt. kosteten, so hat man das gesamte Ernährungs- schema des Statistischen Reichsamts mit 98,58 Mt. oder jähr- lich 1255,28 Mt. Da das Statistische Reichsamt auf Grund aller Haushaltungsrechnungen aus dem Jahre 1907 und unter Berücksichtigung der gesunkenen Lebenshaltung der Nachkriegszeit die Ausgaben für Ernährung auf 54,77 Proz. der Gesamtausgaben schätzt, so ergibt sich für die Lebens- haltungskosten einer minderbemittelten Familie ein Betrag von nicht weniger als 2292 Mt. im Jahr. Diese Zahl ist aber noch zu niedrig gegriffen, wenn man berücksichtigt, daß das Reichsamt im Wertigkeitsschema für die Ernährung zwar den Kalorienwert und den Eiweißgehalt nach dem neuesten Stande der Wissenschaft in Ansatz bringt, von der Aufnahme des infolge seines hohen Vitamingehaltes für die Ernährung besonders wichtigen Frischobstes sowie von Salat aus praktischen Gründen absehen mußte. Ebenfalls sind die Beiträge für Steuern und Soziallasten mitenthalten. Dieser demnach sicherlich zu geringe Betrag von 2292 Mt. im Jahr entspräche einem Stundenlohn (bei 300 Arbeitstagen und achtfündiger Arbeitszeit) von 95,5 Pf. Dieser Lohnsatz wird aber, wie die Tariflohnstatistik des I.O.G.B. sowohl als auch die Tariflohnauflistung des Sta- tistischen Reichsamts im zweiten Juniheft von Wirtschaft und Statistik ergibt, in nur wenigen Industrien gerade von den Spitzenarbeitern, in den meisten nicht einmal von diesen erreicht.

Es steht also fest, daß das jetzige Lohn- einkommen bei weitem nicht zur Befreiung der Kosten zureicht, die für eine noch so be- seidelnde und dürftige Lebenshaltung un- umgänglich notwendig sind.

Da die übrigen Lebensbedürfnisse schon äußerst knapp gerechnet sind, da die Wohnungsmiete andauernd wachsende Beträge verschlingt, muß bereits jetzt das unzureichende Einkommen sich in einer gesundheitsgefähr- denden Einengung des Lebensmittelbedarfs äußern. Der drohende Zollltarif, der allein die not- wendigste Nahrung um mindestens 150 Mt. verteuern wird, muß demnach geradezu verheerend wirken. Nicht nur die jetzige Generation wird schweren Schaden an ihrer Gesund- heit erleiden, wenn der Zollltarif zum Gesetz wird, auch dem zukünftigen Leben droht Gefahr. Mit klaren Worten sprechen es Refner und Knipping aus:

„Wenn ein Volk oder eine Schicht eines Volkes irgendwie hungert oder unterer- nährt ist, sind es immer zuerst die Mütter, die leiden.“

### Die wirtschaftliche Notwendigkeit der Menschenökonomie.

(Arbeitsverluste durch Krankheit.)

Außerordentlich lehrreich sind die Ausführungen des Oberarztes der englischen Krankenversicherung, Sir George Newman, über die riesigen Arbeitsverluste, welche durch Krankheit der Arbeitnehmer entstehen. An der Hand der Statistik für das Jahr 1923 läßt sich feststellen, daß in diesem Jahre nicht weniger als 20,5 Millionen Arbeits- wochen durch Krankheit und zeitweilige Arbeitsunfähigkeit

der Arbeiter und Arbeiterinnen verloren gingen. Dabei sind die ersten drei Tage der Krankheit beziehungsweise Ar- beitsunfähigkeit in dieser Aufstellung nicht inbegriffen; außerdem erstreckt sich die Statistik nur auf die versicherten Arbeitnehmer. Der erwähnte Arbeitsverlust entspricht 394 230 Jahren oder anders ausgedrückt, der Jahresarbeit von 394 230 Personen. Dazu kommen noch der Arbeits- aufwand und die Ausgaben, die mit der Heilung der Kranken verbunden sind. Die Größe dieser Arbeitsverluste wird veranschaulicht durch den Vergleich mit dem Arbeits- verlust infolge von Streiks oder Aussperrung. Im Jahre 1923 gingen durch Streiks und Aussperrungen 10,5 Mil- lionen Arbeitstage, 1924 8 312 000 Arbeitstage verloren, ungefähr halb soviel verlorene Arbeitstage, als dort durch Krankheit verlorene Wochen. Andere Wirtschafts- politiker haben auch den durch Krankheit entstandenen Ar- beitsverlust in Geld errechnet und stellen fest, daß der durch Krankheit und zeitweilige Arbeitsunfähigkeit entstandene Verlust der Produktion mindestens 150 Millionen Pfund (3 Milliarden Mark) für das Jahr ausmacht. Das Land könnte ohne Verlust jährlich 50 Millionen Pfund oder, zu 5 Prozent kapitalisiert, eine Milliarde Pfund für die Ver- besserung des Wohnungswezens und der gesundheitlichen

lehnung der Anträge der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten angenommen.

Wertwürdigerweise gehört die Bayerische Volkspartei auch zu den Regierungsparteien, die eine Biersteuererhöhung, wenn auch in geringerem Maße als die Regierung es ur- sprünglich wollte, durchsetzen wollen, obwohl der Abge- ordnete dieser Partei Heinrich Rauch öffentlich erklärt, „daß die Biersteuererhöhung wegen ihres Charakters einer bay- rischen Sondersteuer für uns untragbar ist“. Dies zweierlei in Theorie und Praxis versteht man nicht. Fort mit der Biersteuererhöhung ist die beste Lösung!

### Reichsausstellung Deutscher Wein zu Koblenz

vom 8. August bis 13. September 1925.

Eine Fachveranstaltung, die das berufliche Interesse unserer Kollegenchaft in hohem Maße anzuregen geeignet ist, wird demnach in Koblenz ihre Pforten öffnen. Alles, was volkswirtschaftlich, betriebstechnisch und wissenschaftlich mit dem deutschen Wein in irgendeinem Zusammenhang steht, soll auf dieser ersten großen deutschen Weinausstellung zur Veranschaulichung kommen:

Weinberge, Weinbau, die Herstellung, Behandlung, Lagerung des Weines und seine Verarbeitung zu Wein- produkten (Essig, Weinbrand, Schaumwein), ferner Wein- handel und Weinkonsum.

Die wissenschaftlichen Fragen des Weinbaues werden ebenfalls in umfangreichen Abteilungen dargestellt: Boden- eignung, Bodenverbesserung, Rebenausslese und Berebung, Keltermethoden und Kelterbehandlung, Verschnitt und Ver- arbeitung usw.

Somit wird die Ausstellung, für die gegenwärtig die geräumige Festhalle der Stadt Koblenz besonders herge- richtet, eine riesige Ausstellungshalle in massiver Kon- struktion neu erstellt und sonstige umfangreiche Anlagen ge- schaffen wurden, für die Weinbau und Weinhandel treibenden Bevölkerungsteile, nicht weniger aber auch für die Konsumenten des deutschen Weines von ausschlaggebender Bedeutung werden.

Ueber den Rahmen der Ausstellung seien folgende An- deutungen gegeben:

Die innere Aufteilung der Ausstellung erfolgt nach ein- heitlichen Leitgedanken. Die wissenschaftliche Ab- teilung wird das Werden des Weines vom Sämling bis zur Flächenreife zeigen. Sie ist in der städtischen Fest- halle untergebracht. In dem zum Musterkeller umge- wandelten Unter- und Erdgeschloß findet der Besucher die gesamte Kelterwirtschaft vom Antransport der Trauben durch die Faßbehandlung und Flaschenabfüllung hindurch bis zur verpackten Flaschensäfte. Das hierfür bereitgestellte Material hat einen solchen Umfang angenommen, daß die ebenfalls umfangreiche kulturelle Abteilung aus der Fest- halle in die neuen Seitengebäude des Ehrenhofes verlegt werden mußten.

Die Arbeiten der wissenschaftlichen Sonderausschüsse für Ampelographie (Rebortentunde), für Züchtung, für Organographie und Physiologie, für Pathologie (Rebkrankheiten) und Rebenverede- lung, sowie für Klimatologie und Geologie lassen heute schon übersehen, daß hier eine wissenschaftliche Musterchau zustande kommt, wie sie bisher selbst die Museen für Naturkunde nicht aufzuweisen haben. Die bedeutendsten Fachwissenschaftler der deutschen Weinbauinstitute sind als Sachbearbeiter tätig. Die Lehr- und Forschungsanstalten von Geisenheim, Altheimer, Kreuznach, Trier, Weitschörsheim bei Würzburg, Neustadt a. d. Haardt, ferner die bayerische Hauptstelle für Rebenveredelung zu Würzburg, die württem- bergische Forschungsanstalt zu Weinsberg, das badische Weinbauinstitut zu Freiburg, die hessische Anstalt zu Oppen- heim, die Institute des Freistaates Sachsen und die Wein- bauabteilung der schlesischen Landwirtschaftskammer haben die Arbeiten gefördert. Auch die biologische Reichsanstalt in Berlin-Dahlem mit ihren Zweigstellen in Raumburg und Trier wird mit besonderen Präparaten die Ausstellung be- schücken. Darüber hinaus stehen sämtliche Rebenveredelungs- stellen zur Verfügung.

Sämtliche staatlichen und kommunalen Stellen sowie die wirtschaftlichen Verbände der Weinbaugebiete von Rhein, Mosel, Saar, Rumer, Nahe, Glan, Ahr, Sahn, Hesse, Pfalz, Franken, Württemberg, Saalegebiet, Sachsen und Schlesien beteiligen sich als Förderer und Aussteller an der Reichs- ausstellung Deutscher Wein.

Die Abteilung „Der Wein und die deutsche Kultur“, welche im Ehrenhof untergebracht werden soll, wird eine auserlesene Sammlung von künstlerischen, kunst- gewerblichen und geschichtlichen Gegenstände bringen, welche

### Hausfrau, wach auf!

Kommt der Zollltarif durch, so steigt der Preis von

Schwarzbrot	um mehr als 18 Proz.
Weißbrot	„ „ „ 10 „
Kartoffeln	„ „ „ 10 „
Rindfleisch	„ „ „ 20 „
Hammelfleisch	„ „ „ 22 „
Schweinefleisch	„ „ „ 25 „

### Fort mit den Lebensmittelzöllen!

Verhältnisse ausgeben, wenn dadurch die Kosten beziehungs- weise Verluste durch Krankheit um ein Drittel vermindert werden könnten. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß für Verbesserungen noch sehr großer Spielraum vorhanden ist. Die Menschenökonomie, die Schonung der menschlichen Arbeitskraft, ist nicht nur eine Forderung der Menschlichkeit und der sozialen Gerechtigkeit, sondern auch für das Ge- deihen der Wirtschaft eine unerläßliche Forderung.

### Biersteuer und Brauereiarbeiter.

Der Neuerausschuß des Reichstags hatte bekanntlich die von der Regierung geforderte Erhöhung der Biersteuer um 100 Proz. abgelehnt. Dann einigten sich Regierung und Regierungsparteien auf eine Biersteuererhöhung, die 40 bis 45 Proz. betragen soll, und zwar sollen erhoben werden:

von den ersten 1 000 Hektolitern je 6.— Mt.	
„ „ „ „ „ 6,50 „	
„ „ „ „ „ 7,20 „	
„ „ „ „ „ 7,50 „	
„ „ „ „ „ 7,75 „	
„ „ „ „ „ 8,20 „	
„ „ „ „ „ 8,60 „	
von dem Reste	„ „ „ 9.— „

Diese Sätze wurden von den Regierungsparteien in der Sitzung des Steuerausschusses vom 13. Juli nach Ab- lehnung aller anderen Anträge angenommen.

Im Zusammenhang mit dem Antrag auf Biersteuer- erhöhung hatte sich der Steuerausschuß auch mit dem sozial- demokratischen Antrag zu befassen, die durch Erhöhung der Biersteuer arbeitslos werdenden Arbeiter und Angestellten aus Reichsmitteln zu entschädigen. Darüber wurden sich die Regierungsparteien nicht so schnell einig, es wurde be- schlossen, sich während der zweiten Lesung darüber weiter zu unterhalten.

In der zweiten Lesung am 14. Juli erklärte Reichs- arbeitsminister Brauns zu dem Antrage, daß es nicht an- geht, die durch gesetzliche Maßnahmen entstandenen Schäden anders zu behandeln als die durch wirtschaftliche Um- stellungen hervorgerufenen; er wies darauf hin, daß die An- gestellten und Arbeiter, die infolge der Erhöhung der Bier- (und Tabak-) Steuer arbeitslos werden sollten, Anspruch auf die Erwerbslosenunterstützung haben, und gestand nur zu, daß die Unterstützungsdauer zunächst auf ein Jahr aus- gedehnt werden soll, und das Reich den Gemeinden aus Reichsmitteln dafür Zuschüsse leisten werde. Ferner soll durch entsprechende Anwendung des Betriebsstrafgesetzes der Entlassungsschutz ausgedehnt werden. Eine entsprechende Entscheidung wurde von den Regierungsparteien nach Ab-

### Die siebente Großmacht.

Die nächste Nacht des öffentlichen Lebens ist die Presse. Wer über eine große Zeitung oder sogar, wie es bei Eugenberg, Strödel, Röhre, Wippen und Stinnes der Fall ist, über mehrere verfügt, ist eine öffentliche Macht. Ein solcher Mensch kann die Öffentlichkeit nach seinem Willen beeinflussen, er kann eine öffentliche Meinung hervorzubringen, die in Wirklichkeit keine öffent- liche, sondern eine durchaus private ist; er kann, wie Lassalle einmal sagte, alle Strassen des Volksgedankens vergiften; und dem Volke den giftigen Tod aus tausend Höhlen treiben. Und wenn die Macht der Presse von einer gewissen Elite von Gelehrten zu ihren unregelmäßig gebrauchten wird, kann die öffentliche Meinung zu einer Handlähmung werden.

Der bairische Oberstaatsanwalt Douglas Hogg hat ein- mal auf den Bruder und Erben des englischen Zeitungsmagnaten Lord Northcliffe, folgende Worte gesagt, die auch auf unsere deutschen Zeitungsmagnaten ohne weiteres zu- treffen: „Es scheint mir eine Gefahr, daß ein sehr großer Teil unserer Presse von einem einzigen Mann kontrolliert wird, einem Mann, der nicht bereit ist, ein solches Maß im Parlament zu erheben, und dort seine Ansicht auszusprechen, wo man debattieren und ihn widerlegen kann, der aber Tag für Tag die Tagesblätter frisiert und in ein solches Licht rückt und die öffentliche Meinung teilweise so beeinflussen kann, daß niemand das in der Regierung ernstlich, was schließlich dann die Möglichkeit und Unmöglichkeit zu handeln, hervorruft, die er der Regierung vorwirft. Das ist der Gesamtgriff modernster Art, und verdient der höchste, oberspäher.“

In Deutschland besitzen bis 80 Prozent der Zeitungen in Abhängigkeit vom Großkapital. Das nicht nur die Zeitungen, sondern auch die großen Korrespondenzbüros befinden sich in deren Händen. Man überhört nur einmal die lange Kette

von Korrespondenzbüros, die sich der ehemalige Direktor der Firma Krupp, Eugenberg, angefangen von der Telegrafenanstalt (T.N.) bis zur Watern- und Klischeefabrikation an die kleinen Provinzialblätter unterläßt zu machen vermochte. Da sich die große Masse der kleinen Zeitungen eigene Vertretungen an den wichtigsten Plätzen Deutschlands und der Welt nicht halten kön- nen, sind sie auf Korrespondenzen angewiesen. Hinzu kommen in letzter Zeit die Silberbeilagen. Nur große Blätter sind in der Lage, sich Tiefdruck- oder Offsetmaschinen anzuschaffen. So werden denn die illustrierten Zeitungen in gewaltigen Auflagen gedruckt und den Provinzialblättern mit anderem Kopfaufdruck beigelegt. So wirken die großen Zeitungskongresse weit über ihre eigenen Zeitungen hinaus.

Ausgesprochen politische Zeitungen wurden in diesem Früh- jahr in Deutschland 1233 gezählt. Daneben gibt es noch 1635 sogenannte parteilose, die die gefährlichste Sattung darstellen. Anherbein bestehen noch 188 sogenannte amtliche Blätter, die hauptsächlich auf dem Lande als Kreisblätter erscheinen und ebenfalls den bürgerlichen Blättern zuzurechnen sind. Den ins- gesamt 296 bürgerlichen Tagesblättern stehen 141 sozialdemokra- tische Zeitungen, 20 kommunistische und 2 unabhängig-sozialistische Zeitungen gegenüber.

Hier zeigt sich die Schwäche des arbeitenden Volkes. Die ungeheure Masse der Hand- und Kopfarbeiter, die Dreiviertel des gesamten Volkes ausmachen, haben ihre geschichtliche Mission noch nicht begriffen. Insofern würden sie nicht in ihrer Übergroßen Masse die bürgerliche und farblose Presse unterstützen. Sie haben das Prophetenwort Lassalles noch nicht begriffen, das dieser vor 62 Jahren in die Massen schleuderte: „Der wahre Feind des Volkes, sein gefährlichster Feind, um so gefährlicher deshalb, weil er unter der Latze seines Freundes auftritt, das ist die heutige Presse.“ Die heutigen Volksmassen, die ganz anders geartet sind als die arbeitenden Massen zu Lassalles Zeiten,

haben auch heute noch nicht selbständig denken gelernt, sondern sie beziehen ihre Gedanken tagtäglich fix und fertig zum Gebrauch. Von den Zeitungsschreibern, jenen Leuten, von denen Bismarck sagte, daß sie ihren Beruf verfehlt hätten und die Lassalle fol- gendermaßen charakterisierte: „Das sind die modernen Lands- knechte von der Feder, das gewisse Proletariat, das stehende Heer der Zeitungsschreiber, das öffentliche Meinung macht und dem Volke tiefere Wunden geschnitten hat als das stehende Heer der Soldaten, denn dieses hält doch nur durch äußere Gewalt das Volk zu Boden, jenes bringt ihm die innere Fäulnis, vergiftet ihm Blut und Gäfte!“

Aber eine andere Macht ist heute entstanden, an die Lassalle noch nicht zu denken vermochte: Die freie Gewerk- schaftspresse. Sie ist ein gewaltiges Machtmittel der Ar- beiterklasse. Sie erscheint in einer Auflage von acht Millionen Exemplaren. Zwar gibt es hier eine Kategorie von Beziehern, die es bei der Tagespresse nicht gibt, die Nichtleser. Den- noch ist die freie Gewerkschaftspresse die gewaltigste Pressemacht Deutschlands. Ihre Aufgabe ist es, die Vorurteile zu zerstören, die den Lesern von der falschen Tagespresse eingeimpft werden. Und zu unserer aller Freude sei es festzustellen, daß die Gewer- schaftspresse von heute mit derjenigen vor 15 Jahren fast kaum zu vergleichen ist. Sie ist über sich selbst hinausgewachsen. Und dessen freuen wir uns. Heute werden in der Gewerkschaftspresse Probleme erörtert, an die man vor zehn Jahren kaum zu denken vermochte.

Wohlan denn, ihr Millionen, das Blatt, das ihr da in der Hand haltet, ist eure stärkste Waffe. Sie ist in der Lage, die Uebermacht der bürgerlichen Presse auszugleichen, wenn ihr sie nur unterstützt. Daneben denkt immerfort an den Ausbau der Tagespresse der Arbeiter, denn erst beide zusammen, die Gewer- schaftspresse und die Tagespresse ergeben die scharfe Waffe, mit Hilfe deren es möglich ist, den Unterstand der Massen zu überwinden.

den Beziehungen des Weines zum deutschen Volkstum ...

Der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Hauptgruppe liegt räumlich in der neuen großen Halle, die die Abteilung: „Der Wein und die deutsche Industrie“ auszunehmen hat.

Diese beherbergt die Weinverarbeitung und auf einem besonderen Platz die chemische Industrie. In der Abteilung Weinverarbeitung wird neben der Ausstellung der verschiedensten Firmen Gelegenheit geboten, die Fabrikation des Schaumweins zu studieren.

Die große Repräsentationsabteilung „Die deutschen Weinbaugebiete“ wird in künstlerischer Form einen Längsschnitt durch die Besonderheiten geben.

Die Reichsausstellung Deutscher Wein ist von Anfang bis zu Ende so gedacht, daß Fachmann und Laie voll auf ihre Kosten kommen.

Antialkoholiker.

Professoren und Studenten fast aller Fakultäten haben kürzlich in Tübingen a. Neckar eine Offensive gegen den Alkohol eingeleitet.

„Mit den Bestrebungen des Vortragenden über dieses leidige Thema wird wohl jeder vernünftige Mensch einverstanden sein, aber die Art und Weise, wie immer weiter gegangen wird, schießt, wie man es ja bei uns Deutschen gewöhnt ist, weit über das Ziel hinaus!“

Der Ingenieur schließt: nicht zuviel Antialkoholiker! Ein Kollege aus Lustnau bei Tübingen schreibt uns: Nach dem 4. Vortrag über Alkoholismus wurde das sogenannte Rinkertfest abgehalten.

Ein ehrendes Zeugnis.

In der „Münchener Post“ vom 24. Juni finden wir folgende Betrachtungen über unseren Verbandstag in Augsburg:

Vorbildliche gewerkschaftliche Aufbauarbeit.

In der vergangenen Woche hielt der Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands, wie sich der frühere Brauer- und Mühlenarbeiterverband umbenannt hat, in Augsburg seinen 22. Verbandstag ab.

Der Mitgliederzuwachs ist in den drei Jahren, die seit dem letzten Verbandstag in Dresden vergangen sind, nicht in der vor der Hochinflationsperiode erwarteten Weise gestiegen.

schüttelt war, wie das an dem Verfall seiner Währung saft verblutende Deutschland, in einem Land, das nach den Leiden eines 4 1/2-jährigen Krieges eine Nachkriegs-epoche von erschütternder Tragik zu durchleben hatte, in einem Land, in dem unter den Nachwirkungen des Krieges alles aus den Fugen zu gehen drohte, in einem solchen Land stand auch die gewerkschaftliche Organisationsarbeit vor kaum zu bewältigenden Schwierigkeiten.

Der Verbandstag hatte Fragen zu behandeln, die eines- teils auf allgemein-gewerkschaftspolitischen Gebiet gelegen sind, die andernteils Spezialbelange der in dem Verband zusammengefaßten Arbeiterkategorien betrafen.

Wie tief das flutierende Leben innerhalb des Verbandes, das Kampfmoment, das die Gewerkschaften zu ihrer heutigen Bedeutung emporgehoben hat, die Vertreter dieses Organisationsparlamentes bewegte, wie weitausschauend die Frage der künftigen Organisationsarbeit behandelt wurde, wie sehr mit einem Wort dieser Verbandstag den Kern seiner Zukunftsarbeit erfaßte, das bewies die ungewöhnlich lebendige Diskussion bei dem Tagesordnungspunkt: Lohnbewegungen, Streiks und Lohnpolitik.

Zieht man das Fazit aus diesen vielstündigen Debatten, so darf das erfreuliche Ergebnis gebucht werden, daß sich der Verbandstag einen neuen Kampfplan geschaffen hat, der auf die Neubildung der Unternehmerrhältnisse in Deutschland zugeschnitten ist.

Alles in allem: man darf von der Arbeit, die in der letzten Woche von den Vertretern des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands in Augsburg geleistet wurde, mit dem Ausdruck der größten Hochachtung sprechen, und man wird nicht zuviel sagen, wenn man behauptet, daß auf dieser Tagung im Interesse der Gesamtarbeiterchaft soviel Vorbildliches geleistet worden ist, daß der Verband mit Recht für sich in Anspruch nimmt, mit an der Spitze der gewerkschaftlichen Organisationen zu marschieren.

Arbeitsrecht.

Schadenersatzklage gegen eine Gewerkschaft. Im Tarifvertrag, abgeschlossen vom Zentralverband der Lederarbeiter am 1. April 1921, war bestimmt, daß bei allen Streitigkeiten und Lohndifferenzen mangels Einigung der Schlichtungsausschuss oder das Gewerbegericht angerufen werden sollte.

Im April 1922 kam es dennoch zu ernstlichen Streitigkeiten. Der Schiedspruch des Schlichtungsausschusses über die Aprillöhne war von der Fabrik angenommen, von den Arbeitern jedoch abgelehnt worden.

Das Landgericht Berlin erachtete den Anspruch dem Grunde nach für gerechtfertigt, das Kammergericht wies die Klage ab. Gegen das Kammergerichtliche Urteil hat die Klägerin mit dem Erfolge Revision beim Reichsgericht eingelegt, daß das Urteil des Kammergerichts aufgehoben und die Sache selbst zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an einen andern Senat des Kammergerichts zurückverwiesen worden ist.

Soweit der Beklagte Verband in den §§ 15 und 16 des Tarifvertrages die Einhaltung des Wirtschaftskrieges durch seine Mitglieder zugesagt hat, hat er lediglich Handlungen und Unterlassungen Dritter versprochen. Damit hat er aber die negative Vertragspflicht zur Unterlassung einer Ansetzung der Arbeitsniederlegung und jeder Unterstüfung der Arbeiter übernommen, sowie die positive Vertragspflicht, seine Mitglieder von einem Bruche des Wirtschaftskrieges abzuhalten.

Zur endgültigen Entscheidung wurde die Sache aber noch nicht reif befunden, da von der Vorinstanz noch zu unteruchen ist, ob das schuldhafte Verhalten des Beklagten für den Schaden der Klägerin ursächlich geworden ist oder nicht.

Auf den endgültigen Ausgang des Prozesses darf man gespannt sein, doch auch das vorläufige Ergebnis gibt mancherlei Lehren.

Bewegungen im Berufe.

Zum beendeten Streik bei der Firma C. H. Knorr AG., Heilbronn.

Nach fünfzehntägigem, musterhaft geführtem Kampf wurden die Parteien durch den Rechtsrat Dr. Schmidt zu einer unverbindlichen Besprechung geladen, an die sich eine Verhandlung der Firma C. H. Knorr AG., bzw. dem Industriellenverband und dem Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter anschloß.

„Zwischen dem Industriellenverband für Heilbronn und Umgegend e. B., Unterverband der Gemischten Betriebe, einerseits und dem Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter andererseits, wird auf Grund der Verhandlungen vom 14. Juli d. J. betreffend die Beilegung des Streiks bei der Firma C. H. Knorr AG. folgende Vereinbarung getroffen:

- § 1. Der Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter tritt dem zwischen dem Unterverband der Gemischten Betriebe und dem Fabrikarbeiterverband, Verwaltungsstelle Heilbronn, am 1. März 1924 abgeschlossenen Manteltarifvertrag und dem zwischen denselben Vertragsparteien am 27. März 1925 abgeschlossenen Lohnarifvertrag bei.
§ 2. Zu den im Lohnarifvertrag vom 27. März 1925 festgesetzten Normallohnen werden vom Tage der Wiederaufnahme der Arbeit ab für die geleistete Arbeitsleistung folgende Lohnzulagen gewährt:
a) den männlichen Ungelernten mit 21 Jahren und darüber . . . . . 6 Pfg. mit 19 und 20 Jahren . . . . . 5 Pfg. mit weniger als 19 Jahren . . . . . 4 Pfg.
b) den Arbeiterinnen mit 19, 20 und 21 Jahren . . . . . 5 Pfg. mit unter 19 Jahren . . . . . 4 Pfg.

- c) den gelernten Handwerkern mit 25 Jahren und darüber . . . . . 8 Pfg. mit 20 bis 24 Jahren . . . . . 7 Pfg. mit weniger als 20 Jahren . . . . . 5 Pfg.
- d) den Maschinisten und Dampfkesselheizern die nicht unter c) fallen . . . . . 7 Pfg.

§ 3.

Die sämtlichen bis zum Ausbruch des Streits im Betrieb der Firma C. H. Knorr u. S. beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nehmen am Donnerstag, den 16. Juli d. J. früh zur üblichen Zeit die Arbeit wieder auf mit der Ausnahme von drei Heizern und einem Rohrschlosser, die schon am 15. Juli nachmittags 1 Uhr zur Arbeit antreten. Diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, welche bis spätestens Montag, den 20. Juli früh die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben, haben kein Recht auf Wiedereinstellung. Mahrgeldungen unterbleiben beiderseits.

Heilbronn, den 14. Juli 1925.

Industriellenverband für Heilbronn und Umgegend e. V. Unterverband der Gemischten Betriebe. gez. Kraus.

Verband der Lebensmittel- und Getreidearbeiter Deutschlands, Zahlstelle Heilbronn. gez. Zinneder.

Einmütig und geschlossen, wie die Arbeit am 29. Juli niedergelegt, wurde sie am 16. Juli wieder aufgenommen. In Frage kamen rund 750 Personen.

Möge die Belegschaft der Firma C. H. Knorr, die sich während des Streiks musterhaft verhielt, restlos zu der Ueberzeugung kommen, daß nur Einigkeit und Geschlossenheit und eiserne Disziplin in Verbindung mit einer zielbewußten Organisation in der heutigen Zeit noch etwas zu erreichen vermag.

Auch die Arbeiterschaft der übrigen Gemischten Betriebe, die ebenfalls die erkämpfte Lohnzulage „freiwillig“ ausgezahlt bekommt, wird der Arbeiterschaft der Firma C. H. Knorr und dem Verband der Lebensmittel- und Getreidearbeiter Deutschlands Anerkennung zollen müssen. Bieker.

Berichte

Oberschlesien.

Am 12. d. M. tagten in Kuschwitz die Funktionäre der Brauereiarbeiter des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Oberschlesiens. Anwesend waren 17 Kollegen. Kollege Bionkowski sprach über die schwierige wirtschaftliche Lage der Arbeitnehmer in der ober-schlesischen Brauereindustrie, die Steigerung der Lebenshaltung, die in Aussicht stehende Belastung der Lebenshaltung durch die Zolltarifvorlage und die Abwälzung der indirekten Steuern auf die breite Masse.

Alle diese durch die jetzige Regierung hervorgerufenen Verschlechterungen für die Arbeiterschaft erfordern neue Lohnforderungen.

Das Lohnabkommen mit dem Oberschlesischen Brauereiverband läuft am 31. Juli ab, und die Konferenz soll darüber entscheiden, ob neue Lohnforderungen gestellt werden. Nach einer regen Aussprache wurde einstimmig beschlossen, das Lohnabkommen zu kündigen. Es sollen in dem neuen Lohnvertrag die Löhne der Lohnklasse I des Breslauer Lohnabkommens mit allen Mitteln durchgesetzt werden.

Es wurde seitens der anwesenden Delegierten scharf zum Ausdruck gebracht, daß das Verhalten der Arbeitgeber der Oberschlesischen Brauindustrie in den letzten Verhandlungen ihre Arbeiterschaft sehr enttäuscht hatte, und wird von den Arbeitgebern mehr soziales Verständnis als bisher erwartet.

In der weiteren Tagung sprachen die Kollegen Bionkowski und Ruffwill über die Forderungen der Abstinentenbewegung und ihre Wirkung auf die Getränkeindustrie. Der von den Abstinenten gestellte Antrag, die Reichsregierung möge den Entwurf eines Scharfkittengesetzes mit dem Gewerbebestimmungsrecht wieder einbringen, ist bedauerlicherweise angenommen worden, so daß in Kürze im Plenum darüber verhandelt und abgestimmt werden wird.

Das Scharfkittengesetz, in welches das Gemeindefeststellungsrecht hineingearbeitet ist und darin der verunglückte § 26, bildet eine Gefahr für alle in den Alkoholvertriebsbetrieben und ihren Nebenbetrieben Beschäftigten.

Nicht nur unsere Berufskollegen würden das Arbeitsloshereit vermehren, sondern alle anderen Industriearbeiter, die direkt und indirekt für die Getränkeindustrie arbeiten.

Das Reich, die Länder und Kommunen würden einerseits um die enormen Einnahmen aus Wein-, Bier-, Alkohol-, Umsatz-, Einkommen-, Gewerbe- und Getränkesteuern und Kommunalabgaben gebracht werden und müßten andererseits für die Arbeitslosen sorgen. Die Kollegen von Oberschlesien werden aufgefordert, bei jeder sich bietenden Gelegenheit den Verfeßtern dieser Bewegung ihr verständnisloses Wirken auf die gesamte Wirtschaft entgegenzuhalten. Von den Reichstagsabgeordneten aller Parteien wird erwartet, daß die Interessen nicht nur der Getränkearbeiter, sondern des Staates und der Allgemeinheit berücksichtigt werden und daß die Vorlage, speziell der § 26, bei der Abfassung abgelehnt werden muß.

Zum Punkt Allgemeines wurde auf die Verbandsbeitragsmäßigen hingewiesen und beschlossen, seitens der Ortsvereine keine Kandidaten anzustellen. Dagegen wurde eine Stimme beschloffen, Kollegen Bionkowski für die Wahl zum Verbandsrat als Kandidaten anzustellen, damit die selbständige Provinz Oberschlesien wenigstens eine Stimme im Verband hat.

Eine Entschließung wurde noch zum Schluß angenommen, welche die organisierte Erfassung aller Kräfte in unserer Industrie bezweckt, und wird diese den Verbandsmitgliedern der Ortsvereine zur Durchführung überwiesen.

Mit dem Entschluß an die Delegierten, mit neuer Kraft sich für eine einheitliche schlagfertige Organisation einzusetzen, wurde die Konferenz von Kollegen Ruffwill geschlossen.

Rundschau.

Organisiert euch!

Dieser Ruf erschallt in letzter Zeit besonders oft in Unternehmertreisen. Der „Deutsche Industrieschutzverband“ sieht Dresden, macht energische Anstrengungen, um auch den leichten Unternehmer in seine Organisation zu ziehen. Dieser Verband genährt bei entsprechenden Beiträgen außerordentlich hohe Unterstüßungen bei Streits und Ausperrungen, er ist also in der Hauptache eine Streikentschädigungsgesellschaft, die in der Mehrzahl die mittleren und kleineren Unternehmungen umfaßt. In den Mitteilungen dieses Verbandes Nr. 86 befinden sich mehrere Zuschriften von Mitgliedsfirmen, die einige bemerkenswerte Stellen enthalten. So schreibt eine Firma der Strohhutbranche u. a.: „... Wir können jedem Industriellen nur dringend raten, sich durch Erwerbung der Mitgliedschaft bei dem genannten Verband die in Streit- und Ausperrungsfällen notwendige Unterstüßung zu sichern... Erst dann wird es möglich sein, den noch kommenden Arbeitskämpfen mit der nötigen Ruhe entgegenzutreten.“ Ein Mitglied der Holzindustrie schreibt: „Mögen nun Steuern und Abgaben sowie Umzugsbeiträge schwer auf uns ruhen, so sollte doch kein Handwerker die Beiträge zu einem Verband scheuen, welcher als Gegenleistung seinen Mitgliedern Streikentschädigung bietet... Ich kann allen meinen Kollegen den sofortigen Beitritt zum Deutschen Industrieschutzverband nur empfehlen; es soll dies jedoch nicht auf die lange Bank geschoben werden, damit es nicht so spät ist für eine nächste Ausperrung, man weiß ja nicht was kommen kann.“ Die Arbeiter und Angestellten sollten aus diesen Bemühungen der Unternehmer, ihre Unterstüßungsorganisation zu stärken, die richtige Lehre ziehen. Sie sollten ihren unorganisierten Kollegen ebenfalls empfehlen, den Beitritt nicht auf die lange Bank zu schieben, denn „man weiß ja nicht, was kommen kann“. Deshalb lernt von eueren Gegnern! Ihr habt die Organisation nötiger als sie!

Nach Schluß des Kampfes in Dänemark

wandte sich der dänische Gewerkschaftsbund in einem zusammenfassenden Schreiben an den IGB. Er richtet darin im Zusammenhang mit der eingeleiteten Hilfsaktion auch Worte des Dankes an die ausländischen Arbeiter und sagt u. a.:

„Der Kampf, der größte, den wir bis jetzt zu führen gehabt haben, ist somit beendet. Wir haben einen ehrenvollen Frieden errungen. Abgesehen von der finanziellen Seite gehen unsere Gewerkschaften ungeschwächt aus diesem Kampf hervor. Die Lasten unseres zähen Widerstandes wird uns vor der Wiederholung eines ähnlichen Ueberfalls sicher auf lange Zeit hinaus schützen. Die den dänischen Arbeitern von ihren Klassenossen in den andern Ländern zuteil gewordene Unterstüßung moralischer und finanzieller Natur hat in hohem Maße zum günstigen Ausgang des Konfliktes beigetragen. Für diese Hilfe sprechen wir hiermit allen unseren herzlichsten Dank aus. Wir wiederholen in diesem Zusammenhang, was wir gesagt haben, als wir unsere ausländischen Kameraden um Unterstüßung er suchten, nämlich, daß die dänischen Arbeiter und ihre Organisationen diese Hilfe niemals vergessen, sondern die Gelegenheit wahrnehmen werden, sie zu vergelten. Es lebe die internationale Solidarität.“

Irrenan und Prohibition. Was ein Münchener Professor darüber sagt.

„Irrsinn in den Vereinigten Staaten nimmt mehr und mehr zu, als Folge des Prohibitionsgesetzes, das erlassen wurde, um dem Genuß von Spirituosen ein Ende zu machen, dessen Resultat aber ist, daß an Stelle reiner geistiger Getränke eine Mischung giftiger Substanzen getrunken wird, die einen verderblichen Einfluß auf das Gehirn ausüben.“

Wfo sprach in Chicago der dort weilende Professor Dr. Emil Kräplin von der Universität München, der nach Amerika gekommen ist, um Gehirnerweichung unter den amerikanischen Negern und Indianern zu studieren. Er wird seine Forschungen hauptsächlich in einer der großen Irrenanstalten in Nord-Dakota und in Mexiko vornehmen. Dr. Kräplin fuhr fort:

„Amerikanische Prohibition! So etwas gibt es gar nicht. Dies Gesetz führt zu dem Genuß von Getränken, die mit der Zeit unheilbar die Funktionen des Gehirns beeinträchtigen und Irrsinn zur Folge haben. Ein Mann kann sich an reinen Spirituosen betrinken, das schadet ihm lange nicht soviel, wie ein Schluß des Stoffes, der infolge des Prohibitionsgesetzes getrunken wird.“

„Wohin immer ich gehe, sehe ich nur den Fehlschlag der Prohibition. Die Amerikaner trinken gerade so viel wie früher, nur daß die Qualität der Getränke viel schlechter ist. Sogar der Genuß einer geringen Quantität dieses schlechten Sudels ist viel schlimmer, als eine große Quantität der vor-Vollstaud-Getränke.“

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau, Redaktion und Expedition der „Verbands-Zeitung“ Berlin NW 40, Reichstagsufer 3. Fernsprecher: Hanja 4934.

30. Beitragswoche vom 19. bis 25. Juli.

Eine Klarstellung der Bestimmungen über Unterstüßung.

Die „Änderungen des Verbandsstatuts“ in Nr. 27 der Verbands-Zeitung enthalten unter § 41, Ziffer 1, eine Unklarheit in bezug auf unsern bisher üblichen Sprachgebrauch und im Vergleich mit dem Wortlaut des alten Statuts. Man lese richtig wie folgt:

Die Unterstüßungen betragen pro Tag: bei Krankheit einen, bei Arbeitslosigkeit den 1/2fachen Wochenbeitrag.

Achtung! Unterstüßungszähler!

Den auf der Reize befindlichen Kollegen Müller Kurt Feyer, Buchn. 247 481, und Müller Ernst Graf, Buchn. 247 483, ist in Viesefeld verzeihenlich statt auf weissem Reiseschein auf rotem Unterstüßungsschein Unterstüßung gezahlt worden, und zwar je für 5 Tage = 6,75 Mk. Die Unterstüßung ist wohl im Buch, nicht aber auf die in ihrem Besitz befindlichen Reisescheine eingetragen worden. Um Irrtümer und Ueberzahlungen zu vermeiden, wird er sucht, bei der nächsten Zahlung an die beiden Kollegen die

bereits erhaltene Unterstüßung genau nachzurechnen (im Buch) und auf weissem Reiseschein vorzutragen.

Bei dieser Gelegenheit weisen wir erneut darauf hin, daß Reisescheine nur von den damit beauftragten Ortsvereinen gezahlt werden darf. Der erste Schein ist in jedem Falle von der Hauptverwaltung auszustellen. Der Verbandsvorstand.

Eingänge der Hauptkasse

vom 13. bis 18. Juli.

(Vollstreckkonto der Hauptkasse Berlin 12 070 Brauerei- und Mühlenarbeiter G. m. b. H., Berlin NW 3.)

- Bären 98,31. Kumbach 100,00. Saarbrücken 15,00. Brandenburg 263,45. Celle 141,00. Ernstsd 201,90. Eignitz 208,12. Schleswig 26,45. Sonneberg 207,50. Berlin 20 269,55. Stargard 110,40. Berlin 82,62 und 83,85. Bayreuth 98,93. Calbe 27,50. Grünberg 451,30. Langensalza 757,14. Merseburg 212,50. Mühlbach 2400,00 und 2600,00. Neustadt a. Harz 172,38. Rittenburg 87,70. Pörsch 99,83. Quedlinburg 368,00. Reutlingen 100,00. Riesa 494,02. Speyer 405,68. Stendal 351,02. Tjerner 122,00. Uremen 14,20. Garburg 3,00. Kiel 2167,23. Bayreuth 1,00. Bischofsberg 79,68. Braunschweig 135,00. Chemnitz 89,20. Cottbus 160,95. Crailsheim 29,24. Eberswalde 75,55. Dresden 1500,00. Eibitz 209,70. Erfurt 191,79. Falkenstein 257,70. Fladow 22,60. Frankenthal 192,50. Guben 252,10. Kolberg 228,96. Mainz 77,00. Neubrandenburg 188,45. Neustadt a. D. 24,55. Olgersheim 209,30. Pörsch 48,00. Salzwedel 155,38. Schönebeck 65,17. Söft 133,10. Uetersen 60,00. Weimar 46,95. Wehrh. 200,00. Mühlbach 266,98. Sagen 3,00. Eisenberg 6,90. Kiel 25,00. Lobos b. Pilsen 150,00. Hofst. 20,10 und 601,18. Ungewissen 50,75. Uposha 96,65. Ufersleben 120,71. Rensburg 90,00. Braunschweig 1142,15. Köln 500,00. Dackheim 22,31. Darmstadt 400,00. Ebbeln 705,97. Sabelschwerdt 136,65. Ingolstadt 303,60. Königsf. 108,51. Landsberg a. W. 83,00. Lauterberg 265,64. Ludenwalde 53,30. Karlsruhe 5000,00. Maitenrode 56,80. Osterode 25,25. Regau 175,40. Dresden 2500,00 und 4905,86 und 30,00. Braunschweig 1488,55. München 50,00. Köln 500,00. Dönnin 206,61. Dresden 386,43. Düsseldorf 600,00. Eisenach 374,50. Hensburg 122,94. Schmörschen 238,90. Kreuzburg 113,80. Raumburg 137,26. Remmungen 253,00. Oldenburg 54,18. Dittmannsd. 21,10. Röhre 50,55. Sonneberg 450,00. Traunstein 493,95. Würzburg 316,10. Walle 21,00. Woblfahrt 3,50. Eiler 7,50. Ulm 0,50. Frankfurt a. M. 5382,00 und 21,86. Ulsted 1028,77. Würzburg 1940,00. Bamberg 470,00. Pörsch 785,15. Mainz 470,00. Ravensburg 125,50. Schweningen 168,60. Sorau 56,75. Wittenberg 200,30. Zeitz 550,00. Zwickau 460,80. Berlin 1000,00.

Aus den Bezirken und Ortsvereinen.

Wilsnack. Vorf. u. Kass. Gustav Gutzeit, Mühlenstraße.

Nachruf.

Es starben im 2. Quartal folgende Kollegen:  
Paul Ditz, Arbeiter, Mitten-Brauerei,  
Josef Müller, Brauer, Fier & Co.-Brauerei,  
Anton Ritter, Seiger, Ritter-Brauerei, Köll. H. Rätgendortmund,  
Caspar Marwin, Fahrer, Mühle Breme, Unna.  
Ehre ihrem Andenken.

Ortsverein Dortmund.



Prima  
Mildleder!  
Wasserdicht!  
Mit 7,50,  
mit Doppel-  
sohlen 7,80.

G. Armin Schlenzig,  
Eisenberg in Thür.

5,85 Mk. kosten ein Paar  
Brauerschuh mit Seitenstich.  
Mit Vorderstich  
u. Wasserlasche 6,65 Mk.

Doppelsohle 35 Pf. mehr.  
Prima Material und Verarbeitung.  
Industrieschuhfabrik  
Gschelbe & Co., Pörsch a. M.

5,75 M Brauerschuh 5,75 M

Kernleder, schwarz, Doppelsohle,  
garantiert wasserfest, erprobte  
Ware. Best. d. Nachnahme Probe-  
paar franco. Holzschuh-Galosschen-  
fabrik.  
Ph. Bickert, Dülken (Rhlb.).

Brauer - Hosien

Sorte III, Draht-Leder mit Leder-  
taschen Nr. 14, —, Weste mit  
Annenstiche Nr. 7, —, derselbe  
Stoff, 68 beiter 1 Meter Nr. 4,50,  
Wandhosen mit Lederstücken  
Nr. 14, —, Weste Nr. 7, —, der-  
selbe Stoff 1 Meter Nr. 4,50,  
Lederhose Sorte II Nr. 6,10, —  
Lederhose Sorte III Nr. 6,50 der-  
selbe nach Maßgabe bei Be-  
stellung von Nr. 20, —, an vorio-  
ribeinrei ins Haus Spezialartikel  
für Berufsbedingung (Emil Dohlfeldt,  
Dresden-N., Ritterstr. 2.



HELLOPP 1925  
„Wasserdicht“  
aus prima  
Kernleder;  
seiner alle ander-  
en Holz-  
schuh-  
arten u. Soder-  
schoner, sowie  
Hochhaarlosen  
liefern stets zu  
günstigsten Preisen  
Josef Urban, Cham i. Bay.  
Vertretung meiner Artikel in  
Köln: Herr Franz Hehl,  
Köln-Ehrenfeld, Piusstr. 68.  
Mugsburg: Herr Seb. Schuster,  
Angsburg-Persee,  
Hessenbachstr. 151.  
Stuttgart: Herr Hans Bucka,  
Stuttgart, Hohenstauffenstr. 17a.

Jungen, tüchtigen Brauer

Hildesheimer Aktienbrauerei Hildesheim.

1. Rito graue gefüllte  
G.-M. 3, —; halbwedge  
G.-M. 4, —; weiche G.-  
M. 5, —; bessere G.-M. 6-7;  
dauermehde G.-  
M. 8, — bis 10, —; weiche  
Sorte G.-M. 12, — bis  
14, —; weiche ungefüllte  
Rupfiederer G.-M.  
7, —, 9,50, 11, — Versand  
franco, postfrei, gegen  
Nachnahme. Muster frei.  
Umtausch oder Rücknahme  
gestattet.  
Benedikt Sachsel, Lobes No. 15, bei Pilsen, Böhme.